

Handelsblatt

US-JUSTIZ  
Kapitale Fehler

Ganz hoch hatte die New Yorker Staatsanwaltschaft gezielt, als sie ihre Verfahren gegen den früheren Chef des IWF, Dominique Strauss-Kahn, betrieb. Und dabei alles an Folterwerkzeugen hervorgeholt, was die martialische US-Justiz zu bieten hat: den öffentlichen „Mug-Shot“ mit dem Ergebnis eines „Verbrecherfotos“, die Nötigung zum „Perp-Walk“, also dem Spießrutenlauf ins Gerichtgebäude zwischen pöbelnden Menschen, und die Einkerkelung auf der Gefängnisinsel Rikers Island. Die Botschaft war eindeutig: Reichtum schützt im amerikanischen Justizsystem nicht vor der gerechten Strafe. Mag der Verdächtige auch IWF-Chef und möglicher französischer Präsidentschaftskandidat sein.

Doch wer solcherart Macht und Moral demonstriert, der sollte seinen Fall wasserdicht beweisen können. Ansonsten droht ein tiefer Sturz. So wie jetzt nach dem De-facto-Zusammenbruch der Anklage gegen Strauss-Kahn. Wäre der verantwortliche Staatsanwalt Cyrus Vance in der Politik oder der Wirtschaft, dann müsste er seinen Hut nehmen. Denn dieser Mann hat sich kapitale Fehler geleistet. Die Kraft zur Selbstreinigung der US-Justiz wird nun daran gemessen werden, ob dies auch geschieht.

Der größte Fehler: Als Vance wählen musste zwischen einer sorgfältigen Prüfung der Vorwürfe oder der schnellen Anklageerhebung, entschied er sich für Letzteres, versprach doch die Causa Strauss-Kahn ein öffentlichkeitswirksames Spektakel zu werden. Und stimmen die Berichte, dann hat Vance genau dies gesucht - obwohl es genügend Stimmen gab, die dazu rieten, zunächst die Glaubwürdigkeit des Zimmermädchens zu überprüfen. Doch Vance blieb bei seiner Linie. Vielleicht, weil sich der New Yorker Bezirksstaatsanwalt nach zwei zuvor ebenfalls kollabierten Verfahren unter Druck sah. Vielleicht, weil er tatsächlich geglaubt hatte, dass Fluchtgefahr bestünde. In jedem Fall traf er seine Entscheidung auf allerdünnster Grundlage.

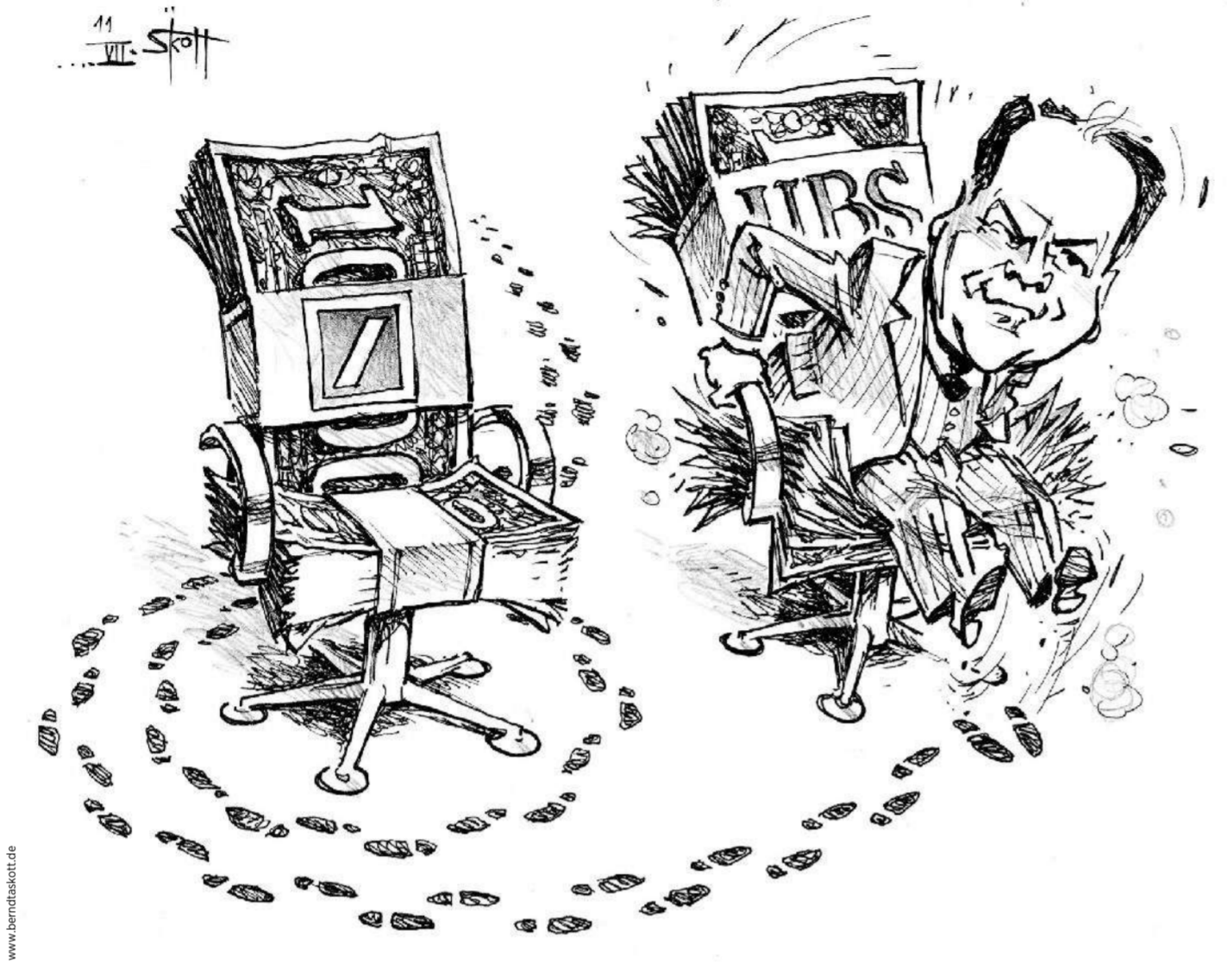
Dabei ist es eine stattliche Zahl von Unwahrheiten und Widersprüchlichkeiten, die von dem Zimmermädchen aufgetischt wurden. Und dass der entscheidende Hinweis, das Telefongespräch der Reinigungskraft mit einem einsetzenden Drogendealer, erst nach sechs Wochen aus dem Afrikanischen ins Englische übersetzt wurde, ist ein Zeichen für den unvorstellbaren Mangel an Professionalität, mit dem in diesem Fall vorgegangen wurde. Die aufgetretenen Mängel müssen Amerikaner wie Ausländer erschrecken und verstören. Denn ein Justizsystem, das sich dem Populismus andient, schafft Misstrauen und Angst. Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird nachhaltig erschüttert.

Dabei ist damit noch kein Urteil getroffen, was tatsächlich in Suite 2806 im Sofitel in Manhattan geschah. Denn auch eine schlechte Zeugnis kann die Wahrheit sagen. Nur, wer wollte ihr die jetzt noch glauben?

**Markus Ziemer**  
Der Autor ist Korrespondent in Washington. Sie erreichen ihn unter: [ziemer@handelsblatt.com](mailto:ziemer@handelsblatt.com)

**Verantwortlicher Redakteur der Meinungsseiten:**  
Thomas Hanke, Berlin. Sie erreichen die Meinungsredaktion: E-Mail: [hb.meinung@vhb.de](mailto:hb.meinung@vhb.de)  
Adresse: Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).



STRAUSS-KAHN

Eine Partei in Geiselhaft



**Holger Alich**  
Die Sozialistische Partei Frankreichs sucht gerade ihre Schlachtordnung für den Wahlkampf gegen Präsident Sarkozy. Da ist es entscheidend, ob Strauss-Kahn antreten kann oder nicht.

Die Anklage wegen versuchter Vergewaltigung gegen Dominique Strauss-Kahn gerät ins Wackeln. Für diesen selbst und seine Freunde ist das eine gute Nachricht. Für seine Partei, die Parti Socialiste (PS), ist das weniger offensichtlich. Denn die Parteifreunde stehen hier vor einer neuen Hängepartie: Kommt er zurück? Kann er zurückkommen? Will er überhaupt?

Eine Rückkehr von Dominique Strauss-Kahn, der in den Medien gerne als DSK abgekürzt wird, in die politische Arena erscheint zumindest nicht mehr völlig unmöglich. Einige Juristen mutmaßen bereits, dass es nur eine Frage der Zeit sei, wann die New Yorker Staatsanwaltschaft

ihre Anklage ganz zurückziehen wird. Denn ohne eine glaubwürdige Belastungszeugnis sei bei Sexualdelikten ein Strafprozess vor einem Geschworenengericht in den USA nicht zu gewinnen.

Noch aber läuft der Strafprozess weiter, auch die Klägerin hält ihre Vorwürfe aufrecht. Die Präsidentschaftskandidatur dürfte für den Politiker nur denkbar sein, wenn alle Anklagepunkte fallengelassen werden. Und selbst in diesem Szenario ist DSK noch nicht heraus aus der Sache, denn der Anwalt der Klägerin wird in einem zweiten Schritt einen Zivilprozess gegen ihn anstrengen.

Trotz dieser Unsicherheiten gilt Strauss-Kahn in Frankreich wieder als jemand, mit dem zu rechnen ist: Knapp die Hälfte der Franzosen (49 Prozent) würde ihn einer Umfrage zufolge gern wieder als Politiker in Paris sehen. 45 Prozent sprachen sich dagegen aus.

Auch Ex-Parteichef und Präsidentschaftskandidat François Hollande plädiert dafür, den Zeitplan für die Kandidatentür der Sozialisten zu ändern. Dieser sieht bisher vor, dass sich Bewerber bis zum 13. Juli melden müssen. Mit einer Verschiebung dieser Frist will Hollande DSK die Möglichkeit geben, doch noch seinen Hut in den Ring werfen zu können, sollte die Justiz die Vorwürfe fallenlassen.

Strauss-Kahns Kandidatur wird damit für seine Partei wieder zu dem, was sie vor seiner Verhaftung am 14. Mai war: eine Möglichkeit, mit der man rechnen muss. Als Noch-IWF-Chef ließ DSK seine Parteifreunde im Dunkeln, ob er antreten wollte oder nicht. Die Verhaftung wegen versuchter Vergewaltigung schien dann seinen politischen Ambitionen ein jähes Ende zu bereiten. Seitdem die New Yorker Staatsanwaltschaft nun aber selbst eingeräumt hat, dass sie an der Darstellung der Klägerin zweifelt, machen sich DSKs Freunde neue Hoffnung, dass doch noch nicht alles verloren ist.

Bei Frankreichs Sozialisten, die sich nach dem Schock der Verhaftung ihres Umfrage-Champions gerade wieder gefangen hatten, ist dies ein Zeichen der Unsicherheit zurück. Die Lage ist besonders unangenehm für Martine Aubry. Erst vor wenigen Tagen hatte sie die Parteiführung abgegeben, um beim Rennen für die Präsidentschaftskandidatur anzutreten.

Aubry hat allen Grund, am vereinbarten Zeitplan und ihrer Kandidatur festzuhalten: Würde sie jetzt ebenfalls für eine Verschiebung plädieren, machte sie die Vorwahl zur Farce, denn offenbar wäre der Zweck dieser Prozedur nur, Strauss-Kahn auf den Schild zu heben. Zum anderen würde Aubry damit gleichzeitig ihre eigene Kandidatur vollkommen unglaubwürdig machen. Sie erschiene nur noch als reine Notlösung, bis der eigentliche Wunschkandidat wieder verfügbar ist.

Zudem ist es ja nicht sicher, dass die Franzosen Strauss-Kahn als Bewerber auf das höchste Staatsamt überhaupt noch wollen. Denn selbst wenn die New Yorker Staatsanwaltschaft klein beigeben sollte, bleibt offen, was Mitte Juni in Zimmer 2806 im New Yorker Sofitel wirklich pas-

sirt ist. Erwiesen ist durch die DNS-Spuren bisher nur, dass Strauss-Kahn mit dem Zimmermädchen Sex gehabt hatte. Ob im Einvernehmen oder nicht - das wird vermutlich nie ganz geklärt werden können. Niemand kann aber mit Sicherheit sagen, ob sich auch die Wähler an die Devise „im Zweifel für den Angeklagten“ halten.

Frankreichs Präsidentschaftswahl ist vor allem die Wahl einer Person. Und im Zuge der Affäre sind Facetten der Person Strauss-Kahn zutage getreten, die seine Wahlchancen infrage stellen. Allen voran sein mehr als fragwürdiges Verhalten gegenüber Frauen.

Dem lässt sich entgegenhalten, dass die mediale Vorverurteilung von DSK durch die Bilder, die ihn übermächtig und in Handschellen zeigten, in Frankreich große Entrüstung ausgelöst hat. Sollten die Vorwürfe tatsächlich fallengelassen werden, dürfte dies medial wie ein Freispruch gewertet werden, auch wenn es keiner ist.

Wenn Strauss-Kahn seiner Partei einen echten Dienst erweisen will, dann sollte er seine neu gewonnene Freiheit dazu nutzen, den Verzicht auf seine Präsidentschaftskandidatur zu erklären und die bisherige Parteichefin Aubry unterstützen. Damit würde er erheblich dazu beitragen, die schädliche Unsicherheit bei den Sozialisten zu verringern. Strauss-Kahn sollte damit seine Partei aus der Geiselhaft der US-Justiz befreien.

Der Autor ist Korrespondent in Paris. Sie erreichen ihn unter: [alich@handelsblatt.com](mailto:alich@handelsblatt.com)

WORTE DES TAGES

„Sich auf einen Plan B einzulassen, bedeutet, sich eine Kapuze aufzusetzen und mit 200 Stundenkilometern auf der Autobahn zu fahren.“  
**MICHAEL DIEKMANN**, Vorstandsvorsitzender der Allianz, zur Griechenland-Krise

„Es ist wahr, die Souveränität der Griechen wird massiv eingeschränkt.“  
**JEAN-CLAUDE JUNCKER**, Chef der Eurogruppe

„Wir hätten allerdings damals der neuen griechischen Regierung bei ihrer zügellosen Ausgabenpolitik hart in die Parade fahren müssen.“  
**HANS EICHEL**, ehemaliger Bundesfinanzminister

„Der griechische Patient wurde stabilisiert, mehr leider noch nicht.“  
**ULRICH KATER**, Chefvolkswirt der Dekabank

DEUTSCHE BANK

Die Stunde des Josef Ackermann

Die Deutsche Bank ist in einer schwierigen Lage. Ihre Geschäftszahlen glänzen wie Gold, aber die Führungsfrage ist unklar. Seit der ehemalige Bundesbank-Chef Axel Weber sich für die Mitarbeit an der Spitze der Schweizer UBS entschieden hat, herrscht ein Vakuum in der Bank, die spätestens 2013 einen neuen Vorstandschef braucht. Der jetzige Amtsinhaber, Josef Ackermann, wird nach 17 Jahren in den Diensten der Bank ausscheiden - zumindest aus dem Büro des Vorstandsvorsitzenden.

Für die Lösung der Führungsfrage ist der Aufsichtsrat zuständig. Aber er sollte bei seiner Entscheidung auch die Lage der Gesellschaft mitbedenken, in die die Bank eingebettet ist. Diese ist nicht minder kompliziert.

Unsere deutschen Konjunkturdaten glänzen zwar, aber die europäische Finanzarchitektur steht wackeliger da, als die immer neuen Erfolgsmeldungen von steigenden Unternehmensgewinnen und sinkender Arbeitslosigkeit glauben machen. Da ist mehr Schein als Sein. Was mit dem Überdie-Verhältnisse-Leben der Griechen begann, hat sich zu einem politischen und ökonomischen Sprengsatz sondergleichen entwickelt, der jederzeit detonieren kann. Nicht nur die Bevölkerung, auch die deutsche Unternehmenskraft ist tief gespalten über die Frage, ob sie dieses Europa noch wollen soll.

Auch die Finanzmärkte schwanken zwischen Resignation und Zuversicht. Sie wissen nicht, ob sie der Griechenland-Rettung trauen sollen und dürfen. Würde der Steuerzahler nicht mit seiner schier unermesslichen Finanzkraft und seiner Eselsgeduld als eine Art menschliche Brandmauer zur Verfügung stehen, wäre der Funke längst von Athen auf den Finanzsektor übersgesprungen. Und von dort ist es bis in unser Wohnzimmer und zu unserem Arbeitsplatz nur ein kurzer Weg.

Womit wir bei Josef Ackermann wären. Seine Warnung vor einer Kernschmelze im Innern des Finanzsystems ist ernst zu nehmen. Hier lauert eine reale Gefahr für den Wohlstand der Nationen und für den Fortbestand des vereinten Europas. Im Moment

Gabor Steingart



Josef Ackermann ist Banker und Europäer. Deshalb wird er an der Spitze des Aufsichtsrats der Deutschen Bank gerade jetzt gebraucht.

kaufen die Griechenland-Retter nur Zeit - und schon das ist teuer genug. An dem Tag aber, an dem die jetzt ausgereichten Kredite und Bürgschaften - wir reden hier von einer Summe, die dem Doppelten der Jahresgewinne von Deutschlands 30 größten Konzernen entspricht - nicht mehr bedient werden können, bricht das europäische Kartenhaus zusammen. Zunächst purzeln die halbstaatlichen Banken, die noch immer an den Folgen der Finanzkrise leiden, gefolgt von griechischen, spanischen und französischen Bankensektoren, was zum Kollaps von Unternehmen und zur Überschuldung weiterer Staaten führen dürfte.

In einer solchen Situation schickt man nicht den erfahrensten europäischen Banker, den die „New York Times“ kürzlich einen Weltbanker nannte, in den Ruhestand. Mag Josef Ackermann die deutsche Öffentlichkeit auch des öfteren verstört haben mit missverständlichen Gesten, mit leichtfertigen Aussagen und nicht zuletzt mit seinem sagenhaften Erfolg, der sich in einem für deutsche Verhältnisse märchenhaften Gehalt widerspiegelt.

Auch diese Zeitung hat mit Ackermann so manches Tänzchen gewagt. Aber dies ist nicht die Stunde der Stilkritik und des Resignations. Dies ist auch für den Aufsichtsrat der Bank nicht die Stunde der Auf- oder Abrechnung, sondern der Zeitpunkt, um Besonnenheit und Führungskraft zu demonstrieren. Ackermann ist neben Finanzminister Wolfgang Schäuble der wichtigste

deutschsprachige Spieler auf dem europäischen Brett. Als Vorsitzender des Institute of International Finance ist er einer der wenigen Akteure aus Deutschland, die einen Posten von herausragender Bedeutung in einer internationalen Organisation bekleiden. Das liegt auch daran, dass Frau Merkel außer dem Unterbringen der Verlierer Öttinger und Stoiber auf diesem Feld nichts, aber auch gar nichts vorzuweisen hat.

Ackermanns Wert für die europäische Politik ist derzeit nicht hoch genug einzuschätzen. Man hört ihm nicht nur zu, man folgt ihm auch. Er ist in Washington wie auch in Paris und London das Gesicht der europäischen Bankenwelt. Er ist ein Kenner, aber eben ein Kenner mit politischem Verstand. Er ist Banker und Europäer, was in dieser Mischung keine Selbstverständlichkeit ist. In seiner Anzugtasche steckt das Portemonnaie, aber darunter schlägt ein europäisches Herz. Gegen den Widerstand aus der Bank und dem Kreis ihrer Aktionäre hat er erst in der vergangenen Woche eine freiwillige Beteiligung seines Hauses an der Griechen-Rettung durchgesetzt.

Die Anteilseigner der Bank, so heißt es alenthalben, stünden vor einer schwierigen Wahl in den nächsten Wochen, wenn sie über die Spitze von Vorstand und Aufsichtsrat neu befinden müssen. Aber genau genommen haben sie gar keine Wahl. Den Ruhestand, das Ausscheiden aus allen Bankämtern, wie es Ackermann bisher als seine Lebensplanung ausgab, gilt es zu verhindern. Nicht aus Zuneigung zu Ackermann, sondern aus Zuneigung zu uns selbst. Wenn es brennt, brauchen wir Feuerleute. Wenn das Herz flimmert, brauchen wir den Arzt. Wenn im europäischen Finanzsystem die Bauteile zu vibrieren beginnen, brauchen wir einen Ackermann.

Niemand Geringeres als die Wirklichkeit hat ihn für den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden nominiert. Jetzt wartet diese Wirklichkeit nur auf freies Geleit. Wenn der Aufsichtsrat sie daran hindert, schadet er allen. Auch seiner Bank.

Gabor Steingart ist Chefredakteur des Handelsblatts. Sie erreichen ihn unter: [steingart@handelsblatt.com](mailto:steingart@handelsblatt.com)

LIBANON

Haftbefehle aus Den Haag

Kaum hatte Hassan Nasrallah im Fernsehen das letzte Wort gesprochen, ratterten in Beirut die Kalaschnikows in den Abendhimmel. Die Hisbollah demonstrierte ihre Kampfbereitschaft. Keine libanesische Regierung werde die Verhaftungen des internationalen Gerichtshofs durchsetzen können. Die Anschuldigungen der internationalen Fahnder, seine Organisation hätte hinter dem Attentat auf Ex-Premier Rafik Hariri im Februar 2005 gesteckt, wies er zurück und beschuldigte Israel der Tat.

48 Stunden zuvor hatte das „Sondertribunal für den Libanon (STL)“ dem libanesischen Generalstaatsanwalt ein versiegeltes Kuvert mit vier Haftbefehlen gegen Hisbollah-Verdächtige übergeben.

Für die neue libanesische Regierung unter Ministerpräsident Najib Mikati kommen die Haftbefehle zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Zwar hat der sunnitische Milliardär nach fünf Monaten Machtvakuum end-

Martin Gehlen



Ein weiteres Land im Nahen Osten steht an der Schwelle zum Chaos. Im Libanon drohen Unruhen.

lich sein von der Hisbollah dominiertes Kabinett zusammengestellt, dem auch Drusen und Christen angehören. Seine Haltung zu Den Haag will er nächste Woche im Parlament bekanntgeben, verbunden mit einem Vertrauensvotum für seine neue Mannschaft.

Im Libanon könnte das spektakuläre Verfahren neue Unruhen zwischen Sunniten und der Hisbollah auslösen, wie zuvor schon im Jahr 2008. Damals starben bei Feuergefechten in den Straßen von Beirut über 100 Menschen. Die arabischen Schutzmächte beider Lager allerdings wollen eine neuerliche Eskalation in dem Zedernstaat diesmal unter allen Umständen vermeiden. Syriens Präsident Bashar el Assad, der die Hisbollah protegirt, muss selbst um seine Macht bangen. Seit Mitte März sieht er sich einem wachsenden Volksaufstand gegenüber, der sich selbst mit Schießbefehl und Panzereinsatz nicht mehr unterdrücken lässt. Und Saudi-Arabiens König Abdullah, der Saad Hariri unterstützt, hat alle Hände voll zu tun mit seinen unruhigen Nachbarn Jemen und Bahrain.

Der Autor ist Korrespondent in Kairo. Sie erreichen ihn unter: [gehlen@handelsblatt.com](mailto:gehlen@handelsblatt.com)